

# BAUAMT SPAICHINGEN

FÜR GEMEINDE  
OBJEKT

DÜRBHEIM  
BREITEN III

MASSTAB

1/500

BEBAUUNGSPLAN

PLAN NR.

GEFERTIGT

ÄNDERUNGEN

GESEHEN

19.6.00/31.10.00

Be. / 26.3.2001

640/17

62

AL.



# ZEICHENERKLÄRUNG

- GE

GEWERBEGEBIET
- II (I+U)

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ( UNTERES GESCHOSS IM KELLER )
- 07

GRUNDFLÄCHENZAHL
- 1.2

GESCHOSSFLÄCHENZAHL
- 0

OFFENE BAUWEISE
- Λ 0-28°

DACHNEIGUNG
- BAUGRENZE
- GEBÄUDESTELLUNG / FIRSTRICHTUNG
- LEITUNGSRECHT LAUT EINSCHRIEB
- UMSPANNSTATION GEPLANT
- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
- KULTURDENKMAŁ / HALLSTATTZEITLICHE SIEDLUNG
- STRASSENBELEUCHTUNG
- BÖSCHUNG
- RETENSIONSBECKEN PRIVAT
- EINFRIEDIGUNGSABSTAND
- FAHRBAHN
- GEHWEG
- PFLANZGEBOT
- VORHANDENE BÄUME
- VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE ABSTANDSFLÄCHE  
AUCH WERBE- UND NEBENANLAGEN UNZULÄSSIG
- ÜBERFLURHYDRANT

## NUTZUNGSSCHABLONE

GEWERBEGEB.	II VOLLGESCHOSSE
GRUNDFLÄCH- ZAHL	GESCHOSSFLÄCH- ZAHL
	OFFENE BAUWEISE

DACHNEIGUNG 0-28°



Genehmigt  
aufgrund § 10 Abs. 2 BaugebG  
Tuttlingen, den 14.09.2001  
Landratsamt  
i.A.

*[Handwritten signature]*



# VERFAHRENSVERMERKE

- |  |                         |
|--|-------------------------|
| 1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes durch den Gemeinderat  | 19.06.2000              |
| 2. Öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses                    | 30.06.2000              |
| 3. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange                               | 20.07.2000              |
| 4. Bürgerbeteiligung   | 31.10.2000              |
| 5. Auslegungsbeschluss durch den Gemeinderat                                 | 27.11.2000              |
| 6. Öffentliche Auslegung   | 18.12.2000 – 18.01.2001 |
| 7. Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange                          | 05.12.2000              |
| 8. Behandlung der Bedenken und Anregungen durch den GR                       | 03.04.2001              |
| 9. Beschlussfassung über den Bebauungsplan als Satzung durch den Gemeinderat | 03.04.2001              |
| 10. Vorlage an das Landratsamt   |                         |
| 11. Eingangsbestätigung des Landratsamtes                                    |                         |
| 12. Entscheidung des Landratsamtes über die Genehmigung                      |                         |
| 13. Öffentliche Bekanntmachung   |                         |
| 14. Bestätigung der Rechtskraft  |                         |

Verfahrensgang beglaubigt

Dürbheim, den

Dürbheim, den 11.4.2001



Fechter  
Bürgermeister

Der textliche und zeichnerische Inhalt dieses Bebauungsplanes stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Gemeinderates der Gemeinde Dürbheim vom 05.4.2001 überein.

## **Gemeinde Dürbheim**

### **Satzung über die Aufstellung des Bebauungsplanes**

#### **„Breiten III“**

Aufgrund § 2 Abs. 1, § 10 BauGB vom 27.8.1997 (BGBl. I S 2141), sowie § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i. d. F. vom 03.10.1983 (GBl. S. 578) zuletzt geändert durch Gesetz am 18.12.1995 (GBl. 1996, S. 29) hat der Gemeinderat der Gemeinde Dürbheim folgende

### **S a t z u n g**

über die Aufstellung des Bebauungsplanes „Breiten III“ erlassen:

#### **§ 1**

##### **Bestandteile der Satzung**

Der vorgenannte Bebauungsplan besteht aus den Anlagen 1 bis 3, die Bestandteil dieser Satzung sind und zwar

1. Begründung vom 2.11.2000/26.3.2001
2. Lageplan vom 19.6.2000/31.10.2000/26.3.2001
3. Bebauungsvorschriften vom 2.11.2000/26.3.2001

#### **§ 2**

##### **Räumlicher Geltungsbereich**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus der Anlage 2, in der seine Grenzen eingetragen sind.

#### **§ 3**

##### **Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 75 handelt, wer den auf Grund von § 9 Abs. 4 BauGB i. V. mit § 74 LBO ergangenen Bestandteilen dieser Satzung zuwiderhandelt.

#### **§ 4**

##### **Inkrafttreten**

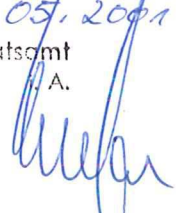
Dieser Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 BauGB in Kraft.

Dürbheim, den 6.4.2001



  
Fechter  
Bürgermeister



**Genehmigt**  
aufgrund § 10 Abs. 2 BauGB  
Tuttlingen, den 14.05.2001  
Landratsamt  
Tuttlingen  


## **Bebauungsplan „Breiten III" in Dürbheim**

In Ergänzung der zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes vom 19.06.2000/31.10.2000 im Maßstab 1:500 werden folgende

### **Textliche Festsetzungen - Bebauungsvorschriften**

festgelegt.

#### **A. Rechtsgrundlagen**

1. Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.08.1997 (BGBl. I. S. 2141).
2. Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08.09.1995 (GBl.1995, S. 617).
3. Baunutzungsverordnung vom 23. Januar 1990 (BGBl. S. 132).

#### **B. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen**

Aufgrund des § 9 des Baugesetzbuches in Verbindung mit den §§ 1 - 23 der Baunutzungsverordnung werden folgende bauplanungsrechtliche Festsetzungen getroffen:

- 1.1 Im Plangebiet sind Gewerbebetriebe nach § 8 BauNVO zulässig.
- 1.2 Der Bau von Einzelhandelsbetrieben und sonstigen großflächigen Handelsbetrieben wird nach § 1 Abs. 5 + 9 BauNVO ausgeschlossen. Das Plangebiet soll insbesondere für Flächen des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes und Handwerks dienen.
- 1.3 Ausnahmen nach § 8 (3) Nr.1 BauNVO kann die Baurechtsbehörde im Einzelfall zu lassen.

#### **2. Maß der baulichen Nutzung**

- 2.1 Für die Zahl der Vollgeschosse gilt der Planeinschrieb. Es wird eine Traufhöhe bis max. 12,00 m über EFH zugelassen. Dies gilt auch für zweigeschossige Bebauung.
- 2.2 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Festsetzungen von Baugrenzen ausgewiesen.
- 2.3 Die im Plan eingeschriebenen Grund- und Geschosßflächenzahlen sind Höchstwerte.

### 3. Bauweise

- 3.1 Es ist offene Bauweise nach § 22 (2) BauNVO vorgeschrieben. Einzelgebäude über 50 m sind mit Zustimmung der Baurechtsbehörde zulässig.
- 3.2 Die einzuhaltenden Hauptfirstrichtungen bzw. Gebäudestellungen für Gebäude mit Satteldächern sind im Plan eingeschrieben.
- 3.3 Garagen können auch außerhalb der Baugrenzen errichtet werden.
- 3.4 Nebenanlagen und Werbeanlagen sind im 10,00 m breiten Schutzstreifen entlang der L 438 A unzulässig.

## C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO werden folgende örtliche Bauvorschriften Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

### 1. Dachform und Dachausbildung bei Haupt- und Nebengebäuden

- 1.1 Als Dachformen sind zulässig:
  - a) Satteldächer und Sonderdachformen im Rahmen der zulässigen Dachneigung.
  - b) Flachdächer nur für Betriebsgebäude.
- 1.2 Die Form von Dachaufbauten kann frei gewählt werden. Dachaufbauten sind bei einer Dachneigung von 28° zulässig. Der Gaupenabstand zu den Orgängen darf 1,50 m nicht unterschreiten.
- 1.3 Als Dacheindeckung wird rotes, rotbraunes, braunes oder graues Eindeckungs-material vorgeschrieben. Es wird empfohlen, die Flachdächer zu begrünen.

### 2. Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9 (2) BauGB)

Die Erdgeschoßfußbodenhöhen werden im Einzelfall von der Baurechtsbehörde mit der Baugenehmigung festgelegt.

### 3. Einfriedigungen

Im Plangebiet sind Einfriedigungen in Form von laubtragenden Hecken und Zäunen bis max. 2,00 m zulässig. Freistehende Mauern sind bis max. 0,60 m Höhe zulässig. An öffentlichen Straßen ist im Bereich der unbefestigten Sicherheitsstreifen für alle Einfriedigungen ein Abstand von min. 0,50 m zum Fahrbahnrand einzuhalten. Im Bereich der Wendepalte beträgt der Abstand 1,00 m.



#### 4. Bepflanzungen

- 4.1 Ein Pflanzgebot auf öffentlichen und privaten Flächen. Diese Bepflanzung wird von der Gemeinde durchgeführt. Auf privaten Grundstücksflächen ist die Bepflanzung zu pflegen und zu unterhalten.
- 4.2 Als Pflanzgebot auf Privatgrundstücken ist je 600 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche und zusätzlich je 6 Stellplätze, 1 großkroniger Laubbaum, Stammumfang 14 – 18 cm, zu pflanzen und zu unterhalten.

Zusätzliche Forderungen zur Bepflanzung, die sich aus dem Bebauungsplan "Breiten III" ergeben, werden von der Gemeinde durchgeführt. Die Unterhaltung und der Pflanzersatz obliegen den künftigen Eigentümern.

#### 5. Abgrabungen und Anfüllungen

Beabsichtigte Abgrabungen und Anfüllungen sind im Baugesuch darzustellen. Entlang der Grundstücksgrenzen sind die Geländeübergänge absatzlos zu gestalten.

#### 6. Verkehrsflächen § 9 (1) 11 BauGB

Grundstückszufahrten und Zugänge und die Befestigung von Fahrgassen und Umfahrungen sind mit geschlossenen Belägen zulässig (Bitumen, Pflaster u. a.). Sonstige Befestigungen für Stellplätze, Lagerflächen für nicht grundwasser-gefährdende Stoffe o. ä. sind wasserdurchlässig herzustellen. (Pflaster mit Fugenabstand von mindestens 2 cm, Rasengittersteine, wassergebundene Decke). Die Pflasterungen dürfen nicht in oder auf einem Mörtel- oder Betonbett verlegt werden.

#### 7. Abwasserbeseitigung § 9 (1) 14 BauGB

Im Geltungsbereich sind Vorfluter zur Verwirklichung eines Trennsystems nicht vorhanden. Für bauliche Anlagen müssen die Dachentwässerungen an die zu erstellenden Versickerungsbecken angeschlossen werden. Es sind dezentrale Becken zu errichten. Ersatzweise für diese sind auch Retentionszisternen mit folgendem Rückhaltvolumen zulässig.

<u>Zisternenvolumen</u> (Nutzinhalt)	<u>ab überbauter Grundstücksfläche</u>
10 m <sup>3</sup>	200 m <sup>2</sup>
15 m <sup>3</sup>	400 m <sup>2</sup>
20 m <sup>3</sup>	600 m <sup>2</sup>
25 m <sup>3</sup>	800 m <sup>2</sup>
30 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>2</sup>
35 m <sup>3</sup>	1.500 m <sup>2</sup>

Bei einer geplanten Nutzung des Regenwassers für die Betriebsgebäude müssen mindestens 2 Behälter errichtet werden.

**D. Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 75 LBO handelt, wer den auf Grund von § 74 LBO ergangenen Bestandteilen dieser Satzung zuwiderhandelt.

**E. Duldung von Randbefestigungen, Sicherheitsstreifen und Straßenbeleuchtung**

Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in den an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 15 cm und einer Tiefe von 30 cm erforderlich und vom Eigentümer zu dulden. Die Sicherheitsstreifen werden im Zuge des Straßenbaues nicht befestigt. Die Sicherheitsstreifen sind von den jeweiligen Anliegern zu pflegen und zu unterhalten.

Sind dort entsprechend der Planung Straßenlampen vorgesehen, wo der öffentliche Verkehrsraum keine Gehwege ausweist, werden die Mastfundamente in Privatgrundstücken erstellt und sind von den Anliegern zu dulden.

Dürbheim, den 02.11.2000/26.03.2001



Bürgermeister  
Fechter



Genehmigt  
aufgrund § 10 Abs. 2 BauG B  
Tuttlingen, den 14.05.2001  
Landratsamt  
i. A.



## **Bebauungsplan „Breiten III" in Dürbheim**

In Ergänzung der zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes vom 19.06.2000/31.10.2000 im Maßstab 1:500 werden folgende

### **Textliche Festsetzungen - Bebauungsvorschriften**

festgelegt.

#### **A. Rechtsgrundlagen**

1. Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.08.1997 (BGBl. I. S. 2141).
2. Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 08.09.1995 (GBl.1995, S. 617).
3. Baunutzungsverordnung vom 23. Januar 1990 (BGBl. S. 132).

#### **B. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen**

Aufgrund des § 9 des Baugesetzbuches in Verbindung mit den §§ 1 - 23 der Baunutzungsverordnung werden folgende bauplanungsrechtliche Festsetzungen getroffen:

- 1.1 Im Plangebiet sind Gewerbebetriebe nach § 8 BauNVO zulässig.
- 1.2 Der Bau von Einzelhandelsbetrieben und sonstigen großflächigen Handelsbetrieben wird nach § 1 Abs. 5 + 9 BauNVO ausgeschlossen. Das Plangebiet soll insbesondere für Flächen des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes und Handwerks dienen.
- 1.3 Ausnahmen nach § 8 (3) Nr.1 BauNVO kann die Baurechtsbehörde im Einzelfall zu lassen.
2. **Maß der baulichen Nutzung**
  - 2.1 Für die Zahl der Vollgeschosse gilt der Planeinschrieb. Es wird eine Traufhöhe bis max. 12,00 m über EFH zugelassen. Dies gilt auch für zweigeschossige Bebauung.
  - 2.2 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Festsetzungen von Baugrenzen ausgewiesen.
  - 2.3 Die im Plan eingeschriebenen Grund- und Geschößflächenzahlen sind Höchstwerte.

### 3. Bauweise

- 3.1 Es ist offene Bauweise nach § 22 (2) BauNVO vorgeschrieben. Einzelgebäude über 50 m sind mit Zustimmung der Baurechtsbehörde zulässig.
- 3.2 Die einzuhaltenden Hauptfirststrichtungen bzw. Gebäudestellungen für Gebäude mit Satteldächern sind im Plan eingeschrieben.
- 3.3 Garagen können auch außerhalb der Baugrenzen errichtet werden.
- 3.4 Nebenanlagen und Werbeanlagen sind im 10,00 m breiten Schutzstreifen entlang der L 438 A unzulässig.

## C. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 74 LBO werden folgende örtliche Bauvorschriften Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

### 1. Dachform und Dachausbildung bei Haupt- und Nebengebäuden

- 1.1 Als Dachformen sind zulässig:
  - a) Satteldächer und Sonderdachformen im Rahmen der zulässigen Dachneigung.
  - b) Flachdächer nur für Betriebsgebäude.
- 1.2 Die Form von Dachaufbauten kann frei gewählt werden. Dachaufbauten sind bei einer Dachneigung von 28° zulässig. Der Gaupenabstand zu den Ortsgängen darf 1,50 m nicht unterschreiten.
- 1.3 Als Dacheindeckung wird rotes, rotbraunes, braunes oder graues Eindeckungs-material vorgeschrieben. Es wird empfohlen, die Flachdächer zu begrünen.

### 2. Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9 (2) BauGB)

Die Erdgeschoßfußbodenhöhen werden im Einzelfall von der Baurechtsbehörde mit der Baugenehmigung festgelegt.

### 3. Einfriedigungen

Im Plangebiet sind Einfriedigungen in Form von laubtragenden Hecken und Zäunen bis max. 2,00 m zulässig. Freistehende Mauern sind bis max. 0,60 m Höhe zulässig. An öffentlichen Straßen ist im Bereich der unbefestigten Sicherheitsstreifen für alle Einfriedigungen ein Abstand von min. 0,50 m zum Fahrbahnrand einzuhalten. Im Bereich der Wendeplatte beträgt der Abstand 1,00 m.

#### 4. Bepflanzungen

- 4.1 Ein Pflanzgebot auf öffentlichen und privaten Flächen. Diese Bepflanzung wird von der Gemeinde durchgeführt. Auf privaten Grundstücksflächen ist die Bepflanzung zu pflegen und zu unterhalten.
- 4.2 Als Pflanzgebot auf Privatgrundstücken ist je 600 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche und zusätzlich je 6 Stellplätze, 1 großkroniger Laubbaum, Stammumfang 14 – 18 cm, zu pflanzen und zu unterhalten.

Zusätzliche Forderungen zur Bepflanzung, die sich aus dem Bebauungsplan "Breiten III" ergeben, werden von der Gemeinde durchgeführt. Die Unterhaltung und der Pflanzersatz obliegen den künftigen Eigentümern.

#### 5. Abgrabungen und Anfüllungen

Beabsichtigte Abgrabungen und Anfüllungen sind im Baugesuch darzustellen. Entlang der Grundstücksgrenzen sind die Geländeübergänge absatzlos zu gestalten.

#### 6. Verkehrsflächen § 9 (1) 11 BauGB

Grundstückszufahrten und Zugänge und die Befestigung von Fahrgassen und Umfahrten sind mit geschlossenen Belägen zulässig (Bitumen, Pflaster u. a.). Sonstige Befestigungen für Stellplätze, Lagerflächen für nicht grundwassergefährdende Stoffe o. ä. sind wasserdurchlässig herzustellen. (Pflaster mit Fugenabstand von mindestens 2 cm, Rasengittersteine, wassergebundene Decke). Die Pflasterungen dürfen nicht in oder auf einem Mörtel- oder Betonbett verlegt werden.

#### 7. Abwasserbeseitigung § 9 (1) 14 BauGB

Im Geltungsbereich sind Vorfluter zur Verwirklichung eines Trennsystems nicht vorhanden. Für bauliche Anlagen müssen die Dachentwässerungen an die zu erstellenden Versickerungsbecken angeschlossen werden. Es sind dezentrale Becken zu errichten. Ersatzweise für diese sind auch Retentionszisternen mit folgendem Rückhaltvolumen zulässig.

Zisternenvolumen (Nutzinhalt)	ab überbauter Grundstücksfläche
10 m <sup>3</sup>	200 m <sup>2</sup>
15 m <sup>3</sup>	400 m <sup>2</sup>
20 m <sup>3</sup>	600 m <sup>2</sup>
25 m <sup>3</sup>	800 m <sup>2</sup>
30 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>2</sup>
35 m <sup>3</sup>	1.500 m <sup>2</sup>



Bei einer geplanten Nutzung des Regenwassers für die Betriebsgebäude müssen mindestens 2 Behälter errichtet werden.

**D. Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 75 LBO handelt, wer den auf Grund von § 74 LBO ergangenen Bestandteilen dieser Satzung zuwiderhandelt.

**E. Duldung von Randbefestigungen, Sicherheitsstreifen und Straßenbeleuchtung**

Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in den an öffentlichen Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 15 cm und einer Tiefe von 30 cm erforderlich und vom Eigentümer zu dulden. Die Sicherheitsstreifen werden im Zuge des Straßenbaues nicht befestigt. Die Sicherheitsstreifen sind von den jeweiligen Anliegern zu pflegen und zu unterhalten.

Sind dort entsprechend der Planung Straßenlampen vorgesehen, wo der öffentliche Verkehrsraum keine Gehwege ausweist, werden die Mastfundamente in Privatgrundstücken erstellt und sind von den Anliegern zu dulden.

Dürbheim, den 02.11.2000/26.03.2001



Bürgermeister  
Fechter

*[Handwritten signature]*



**Genehmigt**

aufgrund § 10 Abs. 2 BauGB

Tuttlingen, den 14.05.2001

Landratsamt

i. A.

*[Handwritten signature]*

## **Bebauungsplan "Breiten III" in Dürbheim**

### **Begründung nach § 9 (8) BauGB**

#### **1. Erfordernis der Planaufstellung**

Die Gemeinderat der Gemeinde Dürbheim hat am 19.06.2000 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Breiten III" beschlossen. Die Ausweisung einer **Gewerbebaufläche mit 1.009 ha** (4 - 5 weitere Bauplätze) wird erforderlich, da die Gemeinde derzeit keine Gewerbefläche für eine Neuansiedlung anbieten kann. Außerdem dient die neue Baufläche, im Anschluss an das Gewerbegebiet "Breiten II" zur Standortsicherung eines ortsansässigen Betriebes.

#### **2. Rechtsverhältnisse und Schutzgebietsflächen**

Das geplante Baugebiet ist im gemeinsamen Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Spaichingen (3. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes - ungenehmigte Fassung) ausgewiesen. Die Gebietsausweisung entspricht der geplanten städtebaulichen Entwicklung und ist aus der vorbereitenden Bauleitplanung entwickelt.

Der Gemeinderat hat im Rahmen der Abwägung (1. Aufstellungsbeschluss 14.09.1998) beschlossen, die Gesamtfläche "Breiten III" mit ca. 4,1 ha noch nicht rechtsverbindlich zu überplanen. Es soll vorläufig, dem Bedarf entsprechend, nur eine tatsächlich notwendige Erweiterung von "Breiten II" in südwestlicher Richtung vorgenommen werden. Zu dieser Entscheidung trugen auch die Erschließungskosten und die Eigentumsverhältnisse bei.

Die Parzellen 1501, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1514 und 1515 befinden sich im Eigentum der Gemeinde.

Ein gesetzliches Umlegungsverfahren zur Planverwirklichung des 1. Bauabschnittes wird somit nicht notwendig. Um einen kurzfristigen Baubedarf abzudecken, kann mit den Erschließungsarbeiten kurzfristig begonnen werden.

Der südwestliche Bereich der geringfügigen Erweiterung mit den Parzellen 1576, 1577, 1581, 1582, 1583, 1586 und 1639 (teilweise) soll von der Erschließung und der Bebauung her nachrangig verwirklicht werden. Die Parzellen befinden sich weitgehend in Privatbesitz.

Der Planungsbereich liegt in der weiteren Schutzzone, Zone III, des Wasserschutzgebietes für die Tiefbrunnen Wurmlingen, Weilheim und Rietheim (LfU-Nr. 138). Alle bestehenden Auflagen für diese Schutzzone sind bei der Planung und Ausführung zu beachten. Die Auflagen können bei der Baurechtsbehörde Spaichingen und der Gemeinde Dürbheim eingesehen werden.

Außerdem liegt der Planbereich teilweise (Parzellen 1576, 1577, 1581, 1582, 1583, 1586 und 1639) auf einem Bodendenkmal (Kulturdenkmal der Vor- und Frühgeschichte Nr.1 hallstattzeitliche Siedlung). Die Flächenabgrenzung des Kulturdenkmals ist in den Bebauungsplan nachrichtlich übernommen.

Das Landesdenkmalamt, Archäologische Denkmalpflege, Marienstraße 10 a, 79098 Freiburg, Tel.: 0761/20712-0, ist mindestens 4 Wochen vor Beginn von Erd- bzw. Erschließungsarbeiten zu unterrichten, um Kontrollbegehungen durchführen zu können. Sollten dabei Funde zutage treten, behält sich das Landesdenkmalamt eine Untersuchung des fraglichen Areals vor. In diesem Fall muss die notwendige Zeit für eine ordnungsgemäße Dokumentation und Bergung eingeräumt werden. Weitere Funde im Zuge von Erdarbeiten sind gemäß § 20 des Denkmalschutzgesetzes unverzüglich dem Landesdenkmalamt zu melden. Das Landesdenkmalamt ist an den einzelnen Bauvorhaben im Genehmigungs- bzw. Kenntnisgabeverfahren zu beteiligen.

### **3. Lage des Baugebietes**

Das Plangebiet liegt am südwestlichen Ortsrand von Dürbheim und grenzt im Südosten an die L 438 a. Von der Landesstraße ist mit der Bebauung ein Abstand von 10,00 m vom Fahrbahnrand einzuhalten. Zu- und Abfahrten zur Landesstraße sind nicht möglich. Der Abstand zur Wohnbebauung "Häuslensrain" beträgt über 80,00 m, so dass auch unter Berücksichtigung der Topografie nicht mit Störungen für die Wohnbebauung gerechnet wird.

Der südliche Teilbereich entlang der L 438 a steigt um ca. 7,00 m an und weist ein Geländegefälle von ca. 8 % - 9 % auf. Der südwestliche Teilbereich steigt um ca. 3,00 m an und hat ein Geländegefälle von ca. 4 % - 5 %.

Der Baugrund besteht aus wechselnd bindigem Weissjura-Hangschutt über Braunjura Tongesteinen. Es muss mit örtlichem Schichtwasser gerechnet werden. Bei umfangreichen Gründungsarbeiten wird empfohlen, eine ingenieurgeologische Beratung durchführen zu lassen.

### **4. Mögliche Beeinträchtigung für die geplante Bebauung**

- a) Es bestehen Einschränkungen durch die weitere Schutzzone (Zone III) des Wasserschutzgebietes.
- b) Bauanträge für den südwestlichen Teil des Plangebietes sind wegen dem Bodendenkmal (Kulturdenkmal Nr. 1) dem Landesdenkmalamt Freiburg zur Stellungnahme vorzulegen.
- c) Die Aufrechterhaltung des Feldweges Parzelle 501 erfolgt nur für den tatsächlich angrenzenden landwirtschaftlichen Fahrverkehr. Der Feldweg wird nicht ausgebaut.
- d) Immissionen, die sich aus der L 438 a ergeben, haben die künftigen Bauherren hinzunehmen. Lärmschutzmaßnahmen sind auf Kosten der künftigen Grundstückseigentümer bzw. Grundstücksnutzer vorzunehmen.



## 5. Umweltschützende Belange

Der Geltungsbereich des geplanten Bebauungsplanes liegt außerhalb unter Schutz gestellter Flächen. Für das Plangebiet liegen keine naturschutzrechtlichen Schutzkategorien vor.

Das Plangebiet insgesamt gliedert sich bei einer Gesamtfläche von 10.099 m<sup>2</sup> in 1.070 m<sup>2</sup> Verkehrsfläche, 800 m<sup>2</sup> Grünfläche und 8.229 m<sup>2</sup> Baufläche.

Die bindigen Böden des Jura-Hangschuttes und die ungünstige Topografie lassen im südlichen Plangebiet nur eine untergeordnete landwirtschaftliche Nutzung zu. Das Gebiet ist bis auf einen Obstbaum an der Böschung der L 438 a "ausgeräumt". Eine Parzelle wird als Ackerfläche genutzt. Die Restfläche besteht aus Grünflächen in Form von Wiesen.

Der südwestliche Teil mit geringfügig besseren Bodenwerten, stellt noch keine Vorrangflur dar. 3 schmale Parzellen (ca. 12 m breit) werden als Baumschule genutzt. Die Restfläche besteht aus Wiesen.

In diesem Teilbereich ist es erforderlich, den Oberboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen anfällt, schonend zu behandeln, im nutzbaren Zustand zu erhalten und soweit er nicht auf dem Grundstück wieder verwendet werden kann, einer entsprechenden Nutzung zuzuführen.

Ebenfalls im südwestlichen Teil soll bei der geplanten Aufteilung in zwei Bauplätze ein Erdmassenausgleich vorgenommen werden. Im südlichen Teilbereich (1. Bauabschnitt) ist geländebedingt mit Unterkellerungen oder Teilunterkellerungen zu rechnen - dies lässt einen Erdmassenausgleich nicht zu.

### 5.1 Flächenbilanz für das Gesamtgebiet

a) Flächen vor dem Eingriff	ca. m <sup>2</sup>	ca. m <sup>2</sup>
	7379	74 %
Wiesen halbintensiv bewirtschaftet		
Ackerflächen	1840	18 %
Feldweg nicht ausgebaut	310	3 %
Feldweg ausgebaut	135	1 %
Flächen unbewirtschaftet (Böschungen)	435	4 %
<b>Gesamtfläche</b>	<b>10.099</b>	<b>100 %</b>

b) Flächen nach dem Eingriff	ca. m <sup>2</sup>	ca. m <sup>2</sup>
<u><b>Vollversiegelung</b></u>		
Straßenfläche öffentlich	980	
Überbaute Grundstücksflächen 65 %	5.157	
GRZ 0,6 + versiegelte Flächen (Zufahrten)		
<b>Summe</b>	<b>6.147</b>	<b>61 %</b>

<b>Teilversiegelung</b>		
Private Stellplätze, Lagerflächen für nicht grundwassergefährdende Stoffe	610	
Gehwege 1. Bauabschnitt	90	
<b>Summe</b>	<b>700</b>	<b>7 %</b>

<b>Unversiegelte Flächen</b>	<b>ca. m<sup>2</sup></b>	<b>ca. m<sup>2</sup></b>
Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft nicht überbaute Grundstücksflächen		
./.. Stellplätze und Lagerflächen	2.452	
Begrünungsflächen, Parzelle 1507	290	
Öffentliches Grün mit Bepflanzung, Parzelle 1515	200	
Grünfläche auf Parzelle 1509	310	
<b>Summe</b>	<b>3.252</b>	<b>32 %</b>
<b>Gesamtfläche</b>	<b>10.099</b>	<b>100 %</b>

## 5.2 Ausgleichmaßnahmen im Baugebiet

Da für diesen Erschließungsbereich weder eine Trennsystemmöglichkeit noch ein Vorfluter im geeigneten Abstand zur Verfügung steht, werden Einzelretentionsbecken oder alternativ Rückhaltezysternen mit Überlauf an den Hauptkanal geplant. Die Ausführung erfolgt in Absprache mit dem Kreiswasserwirtschaftsamt. Die Becken für 3 Betriebe im südlichen Erschließungsabschnitt sind auf den Privatparzellen geplant.

Das Ableiten der Dachflächenwässer im südwestlichen Teilbereich erfolgt für die oder den Betrieb dezentral über ein Sickerbecken auf dem oder den privaten Grundstücken. Die Beckengröße wird für den südwestlichen Teilbereich mit der Baugenehmigung festgelegt. Hierbei sind Erweiterungsmöglichkeiten der Betriebe zu berücksichtigen. Auch hier sind alternativ Rückhaltezysternen möglich.

Die Begrünungsflächen liegen teilweise auf öffentlichen, teilweise auf künftigen privaten Flächen. Um die Verwirklichung der geplanten Begrünung durchzusetzen, werden die Bepflanzungen von der Gemeinde vorgenommen. Es werden 28 Laubbäume mit 14-16 cm Stammumfang gesetzt. Die Bepflanzung im 10 m breiten Schutzstreifen der Landesstraße wird mit dem Straßenbauamt abgestimmt.

Auf Unterpflanzungen mit Büschen und Sträuchern wird wegen der einfacheren Unterhaltung (Mäharbeiten) verzichtet. Die von der Gemeinde angelegte Begrünung auf Privatparzellen ist von den künftigen Eigentümern zu pflegen, zu unterhalten und eventuell nachzupflanzen.

Da im südwestlichen Teilbereich die Ausführung einer Bepflanzung unrealistisch erscheint, wird als Ausgleich, südlich der Plangebietsfläche, auf den gemeindeeigenen Grundstücken Parzelle 1519 und 1520 (außerhalb des Plangebietes) die vorhandene Eingrünung des Schopfgebietes um 8 weitere Obstbäume ergänzt.

Der Übergang von der freien Landschaft zum geplanten Baugebiet wird somit durch die Verbesserung der ortstypischen Streuobstwiesen aufgewertet.

## 6. Erschließung

Für die **1. Teilerschließung** wird die Straße - In Weihenäcker - um ca. 80,00 m verlängert. Die Straßenbreite und der Gehweg mit 6,00 m bzw. 1,50 m werden in gleicher Breite vorgeführt. Die Parzellen 1507 - 1515 befinden sich im Eigentum der Gemeinde. Die Versorgungsleitungen werden ebenfalls bis ans Ende der Wendeplatte mitgeführt. In diesem Teilbereich werden eine Umspannstation der EnBW und ein Überflurhydrant eingeplant. Die Entwässerung wird an den Kanal DN 400 (Leitungsrecht über Parzelle 1595) angeschlossen. Die Gasleitung wird ab dem Ausbauende ins Baugebiet verlängert.

Die **2. Teilerschließung** erfolgt nach Bedarf. In diesem Bereich sind die Grundstücke Parzelle Nr. 1576, 1577, 1581 und 1582 noch nicht im Eigentum der Gemeinde.

Die Straße - In Breiten - wird, später dem Feldweg folgend, verlängert. Der Gehweg kann erst nach dem Grunderwerb der westlich angrenzenden Parzellen ausgebaut werden. In der geplanten Straßentrasse liegt der Hauptsammler DN 900 und teilweise eine Wasserversorgungsleitung. In wieweit das vorhandene Erdkabel der EnBW zur Versorgung ausreicht, ist mit dem Teilausbau (ca. 65,00 m) zu klären.

## 7. Erschließungskosten

Die Erschließung erfolgt in zwei Bauabschnitten. Die Kosten (Stand 10/200) beinhalten die Planung, Bauleitung und die Mehrwertsteuer. Nicht enthalten sind der Grunderwerb, die Vermessung und die Bauleitplanungskosten.

1.	Bauabschnitt (Verlängerung - In Weihenäcker)	
a)	Straßenbau	140.000 DM
b)	Gehwegbau	20.000 DM
c)	Wasserversorgung mit Hydrant	55.000 DM
d)	Entwässerung (Schmutzwasser) mit Hausanschlüssen	125.000 DM
e)	Entwässerung (Dachwasser) Retentionsbecken bzw. Zisterne auf Kosten der Eigentümer	
f)	Leitung an den Kanal (Verbindungsstück)	20.000 DM
g)	Begrünung für den 1. und 2. BA	20.000 DM
<b>Gesamtkosten 1. Bauabschnitt</b>		<b>380.000 DM</b>

Diese Kosten werden im Haushaltsplan 2001 eingestellt. Die Kosten für die Bebauungsplanung für das Gesamtgebiet (ca. 6.000 DM) werden ebenfalls im Haushaltsplan ausgewiesen.



<b>2.</b>	<b>Bauabschnitt (Verlängerung - In Breiten -)</b>	
a)	Straßenbau	80.000 DM
b)	Gehwegbau (nach Grunderwerb)	20.000 DM
c)	Wasserversorgung	45.000 DM
d)	Entwässerung (Schmutzwasser) nur Hausanschlüsse (Hauptsammler vorhanden)	15.000 DM
e)	Entwässerung (Dachwasser) Retentionsbecken bzw. Zisterne auf Kosten der Erwerber	-----
f)	Beleuchtung	25.000 DM
<b>Gesamtkosten 2. Bauabschnitt</b>		<b>185.000 DM</b>

Diese Kosten werden in den Folgejahren je nach Bedarf und baulicher Entwicklung finanziert.



Fechter

Bürgermeister

1. HSG Albstadt	2 2 0 0	53:43	4:0
2. TSV Riethheim/Balgh.	2 1 1 0	45:41	3:1
3. SG Ober-/Unterhausen	2 1 0 1	46:47	2:2
4. SV Böblingen	2 0 1 1	48:53	1:3
5. TSF Ditzingen	1 0 0 1	26:29	0:2
6. TSV Asperg	1 0 0 1	19:24	0:2

**Verbandsliga, B-Jugend weiblich**

Brühl St. Gallen - VfL Ostdorf	19:19
VfL Ostdorf - TSV Neuhausen/F.	22:11

1. Brühl St. Gallen	2 1 1 0	42:29	3:1
2. VfL Ostdorf	2 1 1 0	41:30	3:1
3. TSV Riethheim/Balgheim	1 1 0 0	18:11	2:0
4. TSV Bönningheim	0 0 0 0	0:0	0:0
5. TSG Giengen	1 0 0 1	11:18	0:2
6. TSV Neuhausen/F.	2 0 0 2	21:45	0:4

**Landesliga, C-Jugend weiblich**

HSV Stuttgart-Nord - TV Flein	10:23
SG Neckarsulm - TV Vaihingen/E.	19:13

1. TV Flein	2 2 0 0	45:26	4:0
2. SG Neckarsulm	2 2 0 0	40:28	4:0
3. TSV Bönningheim	0 0 0 0	0:0	0:0
TSV Riethheim/Balgh.	1 0 0 1	15:21	0:2
TV Vaihingen/E.	1 0 0 1	13:19	0:2
o. HSV Stuttgart-Nord	2 0 0 2	26:45	0:4

**Ergebnisse/Wochenübersicht**

vom 14.1.2002 bis 20.1.2002

**Sonntag, 20.1.02, 17.00 Uhr**

Staffel M-KL2-2, TSV Riethheim 2 - TSV Balgheim	23:12
---	-------

**Samstag, 19.1.02, 16.00 Uhr**

Staffel MJA-LL-1, HSG Albstadt-TSV Rieth./Balgh.	26:22
--	-------

**Samstag, 19.1.02, 16.15 Uhr**

Staffel MJC-LL-2, SG O'/U'hausen-TSV Rieth./Balgh.	17:21
--	-------

**Sonntag, 20.1.02, 10.30 Uhr**

Staffel WJA-BL, TSV Rieth./Balgh. - TV Nendingen	17:14
--	-------

**Samstag, 19.1.02, 17.00 Uhr**

SV Zimmern - TSV Rieth./Balgheim	10:28
----------------------------------	-------

Staffel E6+1-4

**Samstag, 19.1.02, 14.46 Uhr**

Staffel E6+1-5, VfH Schwenn. - TSV Rieth./Balgheim 2	5:2
--	-----

**Samstag, 19.1.02, 16.18 Uhr**

Staffel E6+1-5, TSV Rieth./Balgheim 2 - TV Sulz	2:12
---	------

**Wochenübersicht vom 21.1. bis 27.1.2002**

**Samstag, 26.1.02, 18.30 Uhr**

Staffel M-KL2-2, Doppelsporthalle Rottweil

TV Neufra 2 - TSV Balgheim

**Samstag, 26.1.02, 20.00 Uhr**

Staffel F-BL, Kreissporthalle Tuttlingen

TSV Balgheim - SV Hausen

**Donnerstag, 24.1.02, 19.15 Uhr**

Staffel MJA-LL-1, Kreissporthalle Tuttlingen

TSV Rieth./Balgheim - HSG Albstadt

**Samstag, 26.1.02, 18.30 Uhr**

Staffel MJC-LL-2, Kreissporthalle Tuttlingen

TSV Rieth./Balgheim - TSV Asperg

**Samstag, 26.1.02, 18.30 Uhr**

Staffel WJB-VL-1, Egelsee-Sporthalle Neuhausen

TSV Neuhausen/F - TSV Rieth./Balgheim

**Sonntag, 27.1.02, 14.00 Uhr**

Staffel WJC-LL-1, Sporthalle Talwiesen Stgt.-Zuffenhausen

HSV Stgt. Nord - TSV Rieth./Balgheim

**Vereinstermine**

Generalversammlung im Gasthaus "Schützen" am 25.1.02 um 20.00 Uhr.

**Dürbheim**

**Amtliche Bekanntmachungen**



**Abfallkalender**

**Hausmüll MEKAM**  
(Biomüll u. Restmüll)

**Freitag, 1.2.2002**  
(14-täglich)

**Bitte die Tonne so stellen, dass die Griffe zur Straße zeigen.**

**Wertstofftonne und Papiertonne**

**Donnerstag, 7.2.2002**  
(4-wöchentlich)

**Bitte die Tonne so stellen, dass die Griffe zum Gebäude zeigen.**

**Wertstoffcontainer**  
**Neuer Standort!**

**für Glas, Batterien**  
**Bauhof der Gemeinde**  
**Dürbheim In Breiten 5**

*Vermeiden - sortieren - verwerten*

**Abfallberatung beim Landratsamt Tuttlingen**  
**Telefon (07461)926-170**

**Sprechzeiten des Rathauses**

Montag	9.00 - 11.00 Uhr
	16.00 - 17.30 Uhr
Dienstag	16.00 - 18.00 Uhr
Mittwoch	9.00 - 11.00 Uhr
Donnerstag	keine Sprechstunde
Freitag	9.00 - 11.00 Uhr

**Vorankündigung**

Am Montag, 4.2.02, findet die nächste Gemeinderatssitzung statt. Die Mitglieder des Gemeinderats werden gebeten, sich diesen Termin vorzumerken.

**Bürgermeisteramt**

**Bestellung von Buchen-Brennholz**

Der Bedarf von Buchen-Brennholz für den privaten Bedarf kann auf dem Rathaus bis Montag, 3.2.02, angemeldet werden.

Der Raummeter Brennholz-Scheiter kostet 41,- €.

Der Festmeter Brennholz lang (Polter) kostet 31,- €.

(1 FM entspricht 1,4 RM).

**Forstrevier Dürbheim-Balgheim**

**Gemeinde Dürbheim**

**Amtliche Bekanntmachung**

**Inkrafttreten des Bebauungsplanes für das Baugebiet "Breiten III"**

Der vom Gemeinderat der Gemeinde Dürbheim in öffentlicher Sitzung am 3.4.2001 als Satzung beschlossene Bebauungsplan "Breiten III" wurde dem Landratsamt Tuttlingen auf Grund § 11 Baugesetzbuch (BauGB) angezeigt.

Mit Erlass vom 14.5.2001 hat das Landratsamt Tuttlingen eine Verletzung von Verfahrensvorschriften nicht geltend gemacht.

Maßgebend ist der Lageplan des Bebauungsplanes i.d.F. vom 19.6.2000/31.10.2000/26.3.2001. Der Bebauungsplan



"Breiten III" wird mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich (vgl. § 12 BauGB). Der Bebauungsplan kann einschließlich Begründung und Bebauungsvorschriften bei der Gemeinde Dürbheim, Probststr. 2 in 78589 Dürbheim, Vorzimmer des Bürgermeisters, während der Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Fassung vom 8.12.1986 (Bundesgesetzblatt I, S. 2253) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der o.g. Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel nach Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, i.d.F. vom 3.10.1983 (Gesetzblatt S. 578), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18.5.1987 (Gesetzblatt S. 161) gilt der Bebauungsplan - sofern er unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist, ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplanes verletzt worden sind.
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

**Dürbheim 21.1.2002**

**Fechter, Bürgermeister**

## **TÜV-Zugmaschinen-Abnahmetermin**

Die Überprüfung der Zugmaschinen durch den TÜV findet am **Samstag, den 23.2.2002** in der Zeit von 9.45 bis 11.00 Uhr beim Rathaus statt.

Es besteht auch die Möglichkeit, Pkw-Anhänger vorzuführen.

## **Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats der Gemeinde Dürbheim am 21.1.02**

### **Verwaltungsbericht 2001**

#### **Allgemeines**

Der Vorsitzende verwies auf die Ereignisse vom 11. September 2001 in den USA. Trotz der globalen Auswirkungen dürfen diese schrecklichen Ereignisse nicht lähmen, sondern wir alle sollten uns bemühen, in unserem Umfeld und mit unseren Möglichkeiten für Mitmenschlichkeit, Toleranz und Frieden einzutreten.

Er sagte Dank denen, die sich uneigennützig in ehrenamtlicher Arbeit einbringen und dabei Wichtiges für die Gemeinde und deren gesellschaftliches Leben leisten. Das Jahr 2001

war das Jahr des Ehrenamts und hoffentlich wäre vielen bewusst geworden, dass ein gutes Zusammenleben in unserer Gesellschaft davon lebt, weil viele Menschen sich hier auch einbringen und engagieren. Er sagte herzlichen Dank den Mitgliedern des Gemeinderats. Sie wären in vollem Umfang dem Selbstverwaltungsauftrag durch ihre politische Haltung gerecht geworden. Es galt, ein hohes Engagement und eine große Verantwortung einzubringen. Positiv wäre, dass dieser Gemeinderat einen großen Mut an Gestaltungswillen zeige. Die kommunalpolitische Arbeit war stark geprägt von einer grundlegenden Investitionstätigkeit wie die Umfahrung der Kapelle, Bau einer Druckleitung vom Pumpwerk Egelsee bis Niederzonenhochbehälter, Erneuerung der Wasserversorgungsanlage Risiberg, Anlegung von Querungshilfen beim Friedhof und beim Kindergarten, Erschließung des Gewerbegebietes "Breiten III" und dem Abschluss der Kanalsanierungsmaßnahmen.

Planerisch hatte der Gemeinderat die Gestaltung des Friedhofes, den Ausbau der Probststraße von der Hauptstraße bis zur Kirchstraße und von der Kirchstraße bis zur Schulstraße einschl. Rathausvorplatzgestaltung, Ausbau des Ringertrainingsraumes, Anlegung eines Parkplatzes bei der Turnhalle und Anbau an die Turnhalle zu beraten.

Vieles deutet derzeit darauf hin, dass die öffentlichen Haushalte und damit auch der Haushalt unserer Gemeinde, in kommenden Jahren auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder schwieriger wird. Trotzdem sollte versucht werden, der Gemeinde ausreichende finanzielle Freiräume zur Verfügung zu stellen, um die genannten und sonstigen, notwendigen Aufgaben auch in der Zukunft zu bewältigen. Dürbheim sollte den Blick nach vorne richten und sich nicht beunruhigen oder lähmen lassen. Es gelte, voller Zuversicht und Tatkraft neue Aufgaben anzugehen, um die auf die Gemeinde zukommenden Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

Seinen besonderen Dank sagte er dem 1. stellvertretenden Bürgermeister Alfons Zepf, der in den Vertretungsfällen die Gemeinde Dürbheim würdig und mit Umsicht vertrat. Dasselbe gelte für den 2. Stellvertreter, Frau Elfriede Mayer. Er dankte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der VG und den örtlichen gegebenen Vereinen und Institutionen. Das Jahr 2002 werde den Gemeinderat mit größeren Aufgaben herausfordern. So werde man die Planung für den Ausbau der L 438 zwischen Dürbheim und Böttingen planerisch begleiten. In diesem Frühjahr werde die Baugebietsplanung "Pfaffensteig" von der Verwaltung vorangetrieben mit der Anregung, eine Anbindung an die L 438 zu erreichen. Auch die Gestaltung der Ortsmitte soll durch einen spezifischen Wettbewerb Planungsvorstellungen entwickeln. Die Verwaltung prüfe im Voraus zunächst einmal den Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße zwischen L 438 a und Einmündung Ortsteil Risiberg. Mittelfristig müsse man sich Gedanken machen, ob nicht ein weiteres Programm über LSP oder ELR für Dürbheim möglich wäre. Hierzu müssten aber Fachplanungsbüros eingeschaltet werden. Letztendlich liege der Auftrag darin, das dörfliche Gemeinschaftsleben zu fördern.

### **Impressum**

#### **Herausgeber:**

Die Gemeinden Balgheim und Dürbheim.

**Druck und Verlag:** NUSSBAUM MEDIEN Rottweil GmbH & Co. KG, Durschstr. 70, 78628 Rottweil, Telefon 0741/5340-0, Fax 0741/6585.

**Verantwortlich** für den amtlichen Teil, alle sonstigen Verlautbarungen und Mitteilungen:

Bürgermeister Horst Fechter oder sein Vertreter i. Amt.

**Verantwortlich** für "Was sonst noch interessiert" und Anzeigenteil: S. Haffner, Rottweil.

Einzelversand nur gegen Bezahlung der 1/4jährlich zu entrichtenden Abonnementgebühr.